

## MITTEILUNGEN UND RESOLUTIONEN

### 26. Ministerrat

#### 27. Juli 2022

1. Schreiben des Landeshauptmannes von Burgenland vom Juni d.J., mit dem ein Beschluss vom 28. Juni 2022 betreffend „Ausreichende Finanzierung und Modernisierung des österreichischen Bundesheeres“ vorgelegt wird.
2. Schreiben des Landeshauptmannes von Burgenland vom Juni d.J., mit dem ein Beschluss vom 28. Juni 2022 betreffend „Maßnahmen gegen steigende Energiepreise“ vorgelegt wird.
3. Schreiben des Landeshauptmannes von Burgenland vom Juni d.J., mit dem ein Beschluss vom 28. Juni 2022 betreffend „Maßnahmen zu Bekämpfung der Inflation“ vorgelegt wird.
4. Schreiben des Landeshauptmannes von Burgenland vom Juni d.J., mit dem ein Beschluss vom 28. Juni 2022 betreffend „Gewährleistung des Zugangs zu Bankkrediten für Menschen ab 60“ vorgelegt wird.
5. Schreiben des Landeshauptmannes von Burgenland vom Juni d.J., mit dem ein Beschluss vom 28. Juni 2022 betreffend „Sicherstellung der Lebensmittelversorgung im Burgenland“ vorgelegt wird.
6. Schreiben des Landeshauptmannes von Burgenland vom Juni d.J., mit dem ein Beschluss vom 28. Juni 2022 betreffend „Bekenntnis zum Wein als burgenländisches Kulturgut“ vorgelegt wird.
7. Schreiben des Landeshauptmannes von Oberösterreich vom 22. Juni 2022, mit dem ein Beschluss vom 2. Juni 2022 betreffend „Veto gegen ein Gas-Embargo auf russische Lieferungen“ vorgelegt wird.
8. Schreiben der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Salzburg vom 28. Juni 2022, mit dem der Antrag Nr. 6 – „Wohnungsangebot verbessern – Wohnkosten senken“ vorgelegt wird.
9. Schreiben der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Salzburg vom 28. Juni 2022, mit dem der Antrag Nr. 37 – „Höhere Förderungen für den Tausch von fossilen Heizungsanlagen auf klimafreundliche Heizungssysteme“ vorgelegt wird.
10. Schreiben der Landwirtschaftskammer Niederösterreich vom 4. Juli 2022, mit dem eine Resolution vom 4. Juli 2022 zu aktuellen Anliegen und Problemen der Land- und Forstwirtschaft vorgelegt wird.

11. Schreiben des Österreichischen Städtebundes vom Juli d.J., mit dem eine Resolution des 71. Städtetages vom 2. Juni 2022 betreffend „Für eine nachhaltige Daseinsvorsorge und resiliente Infrastruktur“ vorgelegt wird.
12. Schreiben des Bürgermeisters von Zwettl an der Rodl vom 24. Juni 2022, mit dem eine Resolution vom 25. April 2022 „Gegen die Atomkraft als nachhaltige Investition in der Taxonomieverordnung“ vorgelegt wird.
13. Schreiben des Bürgermeisters von Kematen am Innbach vom 15. Juni 2022, mit dem eine Resolution vom 25. Mai 2022 betreffend „Spürbares Entlastungspaket zur Eindämmung der hohen Energiekosten“ vorgelegt wird.
14. Schreiben des Bürgermeisters von Mistelbach vom 7. Juli 2022, mit dem eine Resolution vom 5. Juli 2022 betreffend „Ärzteversorgung“ vorgelegt wird.
15. Schreiben des Bürgermeisters von Villach vom 4. Juli 2022, mit dem eine Resolution vom 1. Juli 2022 betreffend „Nein zur Streichung der Bundesfördermittel für schulische Nachmittagsbetreuung“ vorgelegt wird.
16. Schreiben der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Oberösterreich vom 11. Juli 2022, mit dem acht Resolutionen der 7. Vollversammlung vom 24. Mai 2022 vorgelegt werden.
17. E 256-NR/XXVII.GP vom 6. Juli 2022 betreffend „Grenzgänger und Unternehmen brauchen Rechtssicherheit für das Arbeiten im Homeoffice“ (Wortlaut siehe Beilage).
18. E 257-NR/XXVII.GP vom 6. Juli 2022 betreffend „vehementen Einsatz gegen den Bau des AKW Paks II auf einer Erdbebenbruchlinie“ (Wortlaut siehe Beilage).
19. E 258-NR/XXVII.GP vom 6. Juli 2022 betreffend „Gedenken an den Völkermord in Srebrenica“ (Wortlaut siehe Beilage).
20. E 259-NR/XXVII.GP vom 6. Juli 2022 betreffend „Sicherung des Erbes des Marshallplans zur weiteren Stärkung der Partnerschaft Österreichs mit den USA“ (Wortlaut siehe Beilage).
21. E 260-NR/XXVII.GP vom 7. Juli 2022 betreffend „Angehörigenbonus“ (Wortlaut siehe Beilage).
22. E 261-NR/XXVII.GP vom 7. Juli 2022 betreffend „Evaluierung des Vollzugs betreffend den Begriff nahestehende Organisationen“ (Wortlaut siehe Beilage).
23. E 262-NR/XXVII.GP vom 7. Juli 2022 betreffend „Transparenz von Statuten von Vereinen in Österreich“ (Wortlaut siehe Beilage).
24. E 263-NR/XXVII.GP vom 8. Juli 2022 betreffend „die Ahndung von sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt im Ukrainekrieg“ (Wortlaut siehe Beilage).

25. E 264-NR/XXVII.GP vom 8. Juli 2022 betreffend „Initiative Demokratiebildung“  
(Wortlaut siehe Beilage).

# EntschlieÙung

## des Nationalrates vom 6. Juli 2022

### betreffend Grenzgänger und Unternehmen brauchen Rechtssicherheit für das Arbeiten im Homeoffice

Die Bundesregierung wird aufgefordert,

1. sich kurzfristig dafür einzusetzen, dass Unternehmen und Grenzgänger Planungssicherheit beim Homeoffice im grenzüberschreitenden Arbeiten haben,
2. langfristig praxisnahe Lösungen in steuer-, sozial- und arbeitsrechtlicher Hinsicht für das Homeoffice im grenzüberschreitenden Arbeiten zu entwerfen und hier proaktiv entsprechende Gespräche zu führen.

# **Entschließung**

## **des Nationalrates vom 6. Juli 2022**

**betreffend vehementer Einsatz gegen den Bau des AKW Paks II auf einer Erdbebenbruchlinie**

Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich mit allen ihr zur Verfügung stehenden rechtlichen, politischen und diplomatischen Mitteln auf EU- und bilateraler Ebene gegen den geplanten Bau des AKW Paks II einzusetzen.

# **Entschließung**

## **des Nationalrates vom 6. Juli 2022**

**betreffend „Gedenken an den Völkermord in Srebrenica“**

Die Bundesregierung wird ersucht, sich gemeinsam mit den anderen EU-Mitgliedstaaten u.a. im Rahmen der Vereinten Nationen für das Gedenken an den Völkermord in Srebrenica weiterhin aktiv einzusetzen, zumal der Internationale Gerichtshof und das Internationale Strafgericht für das ehemalige Jugoslawien die Straftaten in Srebrenica als Völkermord qualifiziert haben.

# **EntschlieÙung**

## **des Nationalrates vom 6. Juli 2022**

**betreffend Sicherung des Erbes des Marshallplans zur weiteren Stärkung der Partnerschaft Österreichs mit den USA**

Die Bundesregierung, und insbesondere der Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten, werden ersucht,

- sich gemäß dem Regierungsprogramm für eine weitere Stärkung der Partnerschaft mit den USA vor allem im wissenschaftlichen, wirtschaftlichen, ökologischen und kulturellen Austausch einzusetzen;
- sich hinsichtlich der Herausforderungen durch den Klimawandel dafür einzusetzen, die transatlantische Kooperation und den Wissenstransfer zu unterstützen, um Zukunftskonzepte sowohl technisch als auch im Hinblick auf das gesellschaftliche Bewusstsein zu entwickeln sowie praktisch zu erproben;
- die Ziele des Marshallplans durch eine verstärkte Zusammenarbeit der Diplomatischen Akademie Wien mit der Fulbright Kommission weiter zu verwirklichen.

# **EntschlieÙung**

## **des Nationalrates vom 7. Juli 2022**

**betreffend „Angehörigenbonus“**

Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz wird aufgefordert, dem Nationalrat eine Regierungsvorlage zu übermitteln, mit der die Möglichkeit geschaffen wird, nahen Angehörigen, beispielsweise Pensionist:innen neben zahlreichen anderen pflegenden und betreuenden Angehörigen, die eine Person mit Anspruch auf Pflegegeld ab der Stufe 4 in häuslicher Umgebung pflegen, einen Angehörigenbonus zu gewähren, zur Beschlussfassung zu übermitteln.

# **EntschlieÙung**

## **des Nationalrates vom 7. Juli 2022**

### **betreffend Evaluierung des Vollzugs betreffend den Begriff „nahestehende Organisationen“**

Die Bundesministerin für EU und Verfassung im Bundeskanzleramt wird ersucht, aufbauend auf den Erfahrungen hinsichtlich des Begriffs der nahestehenden Organisationen die Vollzugspraxis der Behörden und Gerichte zu evaluieren und dem Nationalrat darüber zu berichten, ob die Einbeziehung ‚parteinaher‘ Vereine, Vorfeldorganisationen und ähnlicher juristischer Personen im Sinn von Rechtssicherheit als auch höchstmöglicher Transparenz von Parteifinzen ausreichend sichergestellt ist, und gegebenenfalls darzustellen, wie eine Ausweitung des Begriffs der nahestehenden Organisation aufgrund klar nachprüfbarer Kriterien wie etwa dem Sitz, der überwiegenden Personenidentität in Leitungsorganen, Namensgleichheit und der Vereinszwecke, die nicht ausschließlich auf politikferne Ziele ausgerichtet sind, formuliert werden sollte.

Aufbauend auf dem Ergebnis der Evaluierung wird die Bundesministerin für EU und Verfassung im Bundeskanzleramt darüber hinaus ersucht zu prüfen und dem Nationalrat zu berichten, welche besonderen verfahrensrechtlichen Mechanismen zweckdienlich erscheinen, um vorab rechtsverbindlich festzustellen zu können, ob eine Organisation als ‚nahestehend‘ im Sinn des Parteiengesetzes zu qualifizieren ist.

# **EntschlieÙung**

## **des Nationalrates vom 7. Juli 2022**

### **betreffend Transparenz von Statuten von Vereinen in Österreich**

Die Bundesregierung, im Besonderen der Bundesminister für Inneres, wird ersucht, dem Nationalrat zeitnah eine Regierungsvorlage zuzuleiten, die darauf abzielt, das Vereinsgesetz dahingehend zu novellieren, dass eine unkomplizierte Abfrage der jeweils geltenden Vereinsstatuten eines bestimmten Vereins für die Öffentlichkeit möglich ist.

# **EntschlieÙung**

## **des Nationalrates vom 8. Juli 2022**

### **betreffend die Ahndung von sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt im Ukrainekrieg**

Die Bundesregierung, insbesondere die Bundesministerin für Justiz, der Bundesminister für Inneres, der Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten, die Bundesministerin für Landesverteidigung, die Bundesministerin für Frauen, Familie, Integration und Medien und der Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz werden dazu aufgefordert, sich weiterhin auf europäischer und internationaler Ebene für eine systematische, rasche, koordinierte und unabhängige Aufklärung und Ahndung der in der Ukraine begangenen Kriegsverbrechen und möglichen weiteren Verstößen gegen das Völkerstrafrecht einzusetzen, und sich insbesondere weiterhin für eine gendersensible Aufarbeitung und Ahndung sexueller und geschlechterspezifischer Gewalt sowie für die Unterstützung von Opfern und Zeuginnen und Zeugen einzusetzen.

# Entschließung

## des Nationalrates vom 8. Juli 2022

### betreffend Initiative Demokratiebildung

Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung, wird ersucht, anlässlich der Wiedereröffnung des sanierten Parlamentsgebäudes zur Stärkung der Demokratiebildung und Weiterentwicklung der Politischen Bildung in Zusammenarbeit mit der für den Bereich Jugend zuständigen Staatssekretärin im Bundeskanzleramt, der für Kunst und Kultur zuständigen Staatssekretärin im Bundesministerium für Kunst, Kultur, Öffentlichen Dienst und Sport, nach Konsultation der Präsidialkonferenz dem Präsidenten des Nationalrates und der Präsidentin des Bundesrates die Durchführung folgender Maßnahmen sicherzustellen:

- Weiterentwicklung der Vermittlungsangebote der gesetzgebenden Körperschaften in Österreich und Europa. Zielsetzung: One-Stop-Shop für deren Angebote für Bildungseinrichtungen sowie eine bessere Koordinierung in Form eines jährlichen Runden Tisches der Stakeholder zum Thema Demokratiebildung.
- Ausbau der Angebote der Demokratiewerkstatt im Online-Bereich sowie Schaffung von mobilen, dezentralen Angeboten. Zielsetzung: Jeder Schülerin/jedem Schüler soll im Rahmen seiner Schullaufbahn einmal eine niederschwellige Möglichkeit geboten werden, eine gesetzgebende Körperschaft – Landtage sowie den Nationalrat und Bundesrat – oder deren dezentrale Angebote zu besuchen.
- Bundesweite Initiative des BMBWF, um das Interesse an Demokratiebildung zu stärken. Fokus hierbei sollen Fortbildungen für Pädagoginnen und Pädagogen sowie das Kommunizieren der hier erwähnten Angebote an die Schulen sein.
- Um das Vertrauen in die Demokratie zu stärken, sollen im Rahmen der neuen Lehrpläne fächerübergreifende Schwerpunkte zu „politischer Bildung“ und „Medienbildung“ geschaffen, im Lehrplan Digitale Grundbildung aufgegriffen sowie das Fach „Geschichte und Politische Bildung“ aktualisiert werden. Insbesondere soll hier das Thema Desinformation und „Fake News“ im Unterricht vermittelt werden. Auch eine generelle Weiterentwicklung diesbezüglicher Lerninhalte in der Primarstufe sind zu prüfen.
- Ausrichtung eines Awards für demokratiebildende Projekte an Schulen und Einrichtungen der Elementarpädagogik in Zusammenarbeit mit der Margaretha Lupac-Stiftung.
- „Demokratiebox“: Aufbereitung von Materialien für Schulen sowie Lerninhalte für die außerschulische Kinder- und Jugendarbeit sowie die Erwachsenenbildung. Dies beinhaltet Informationsmaterial über die Parlamentsparteien nach gemeinsamen Standards.
- Bewerbung aller diesbezüglichen Aktivitäten unter Einbindung der außerschulischen Kinder- und Jugendarbeit sowie Einrichtungen der Erwachsenenbildung.
- Stärkung und Ausbau der Jugend- und Schüler:innenparlamente als praktische Tools zur Demokratievermittlung und mehr Jugendpartizipation auf lokaler Ebene.
- Ausbau der Angebote der Demokratiebildung in Museen und Gedenkstätten.